



Hallo liebe JRK-Mitglieder,

an dieser Stelle wir euch die gefassten Beschlüsse der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) von Ende Oktober 2020 übermitteln.

Die 93. Vollversammlung fand aufgrund der Pandemie digital statt. Nachfolgend haben wir euch alle beschlossenen Anträge als PDF beigefügt. Im Folgenden findet ihr zusätzlich zu den einzelnen Anträgen noch jeweils kurze Einschätzungen von Mandy (Stellv. JRK-Bundesleiterin), Daniel und Alex (DBJR-Delegierte des DJRK), die als Delegierte bei der Vollversammlung das JRK vertreten haben. Alle Anträge betreffen auch die jungen Menschen, die sich in unserem Jugendverband engagieren.

Für uns als JRK ist es wichtig anwaltschaftlich für diejenigen einzutreten, die es selbst nicht oder nicht genug können. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, uns in staatlichen Konflikten und bei der Bewertung staatlichen Handelns neutral zu verhalten.

Diese Gratwanderung bemühen wir uns auch in die Beschlüsse des DBJR hinein zu formulieren und den anderen Jugendverbänden klar zu machen.

### **Antrag Überführung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs der Juleica in die Stiftung „Jugend macht Demokratie“**

Der Antrag betrifft die Struktur der Geschäftsstelle und des Geschäftsbetriebes des DBJR. Der Antrag im Wortlaut: „Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb der Juleica wird zum 01.01.2022 in den Zweckbetrieb der Stiftung „Jugend macht Demokratie“ überführt, sofern dem keine Einwände des Finanzamts bezüglich der Gemeinnützigkeit der Stiftung entgegenstehen.“ Der Umsatz der Juleica wächst von Jahr zu Jahr. Dieses Wachstum stellt den DBJR vor die Herausforderung einer deutlichen Abgrenzung, um seine Gemeinnützigkeit nicht in Gefahr zu bringen. Eine deutlichere Abgrenzung ist perspektivisch daher unumgänglich.

Diesem Antrag haben alle anwesenden Vertretungen zugestimmt.

### **Antrag „Politische Bildung in der Jugendverbandsarbeit – anerkennen, wertschätzen, weiterentwickeln!“**

Wir haben diesen Antrag sehr begrüßt. Die steigende Anerkennung der politischen Bildungsarbeit in den Jugendverbänden spiegelt sich auch in unserem strategischen Rahmen im Feld „Demokratie(er)leben“ wider. Die Position verdeutlicht, dass insbesondere Jugendverbände Räume für politische Bildungsarbeit im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung schaffen. Der achtsame Umgang und Unterschied zwischen Parteienneutralität und der Bestärkung demokratischer Werte bedarf einer kontinuierlichen Reflektion und Auseinandersetzung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## **Antrag „Nach rechten und rechtsradikalen Strukturen fahnden, rechten Terror bekämpfen!“**

Dieser Antrag wurde in zwei Lesungen stark diskutiert. Alle Jugendverbände waren sich einig, dass rechter Terror und extremistische Strukturen geahndet und verfolgt werden müssen.

Dieser spezielle Antrag bezog sich in der ersten Fassung jedoch nur auf ein negativ gezeichnetes Bild der Polizei. Dies konnte die Deutsche Beamtenjugend aus verständlichen Gründen nicht unterstützen. Wir als Deutsches Jugendrotkreuz und Teil des Deutschen Roten Kreuzes arbeiten auch mit Polizei und anderen Behörden zusammen und erleben diese zumeist als vielfältig, offen und demokratisch handelnd. Wir haben Formulierungen in den 2. Absatz eingefügt, die auch darstellen, dass sich Polizei lokal bereits mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vernetzt. Leider konnte dies die Bedenken der Beamtenjugend nicht ausräumen. Auch wenn uns Herleitungen der Forderungen an manchen Stellen auch zu harsch formuliert sind, konnten wir den Forderungen der Jugendverbände zustimmen und haben diesen Antrag unterstützt.

## **Antrag „Wahlalter jetzt senken!“**

In dem Antrag wird die Absenkung des Wahlalters für die Kommunal- und Landtagswahlen 2021 auf 16 Jahre gefordert.

Die Forderung konnten wir sehr gut unterstützen. Zwar setzen wir uns selbst in unseren Forderungen der „Was geht mit Menschlichkeit?“-Kampagne für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. Jedoch ist dieser Antrag aus unserer Sicht ein guter nächster Schritt hin zu mehr Jugendbeteiligung.

## **Antrag „Freiwilligendienste jetzt stärken!“**

Die Freiwilligendienste bieten für viele junge Menschen Möglichkeiten prägende und berufsorientierende Erfahrungen zu machen – und das freiwillig.

Auch wir als JRK erachten die Freiwilligendienste als sinnvolle und erstrebenswerte Möglichkeit, sich zu engagieren. Die Forderungen in dem Antrag bekräftigen, dass es eine weitere Stärkung dieser Angebote braucht und weniger ein Pflichtjahr. Zudem kritisiert der Antrag, dass ein gleichnamiger „Freiwilligendienst“ in der Bundeswehr mit der dreifachen Vergütung entlohnt wird, obwohl dies nicht mit dem Freiwilligendienst in den Jugendverbänden zu vergleichen ist.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## **Antrag „Junge Menschen bewegen – Eine nachhaltige Mobilitätswende für alle!“**

Dieser Antrag stellt eine umfassende Position dar, wie Mobilität nachhaltig und jugendgerecht gestaltet werden kann.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## **Antrag „Internationale Jugendverbandsarbeit in Krisenzeiten ermöglichen und sichern!“**

Internationale Jugendbegegnungen und Jugendarbeit sind wertvolle Elemente der Jugendverbandsarbeit. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Reisebeschränkungen mussten zahlreiche Maßnahmen verschoben oder abgesagt werden. Damit Jugendbildung auch in Krisenzeiten stattfinden kann, braucht es umfangreiche Unterstützungsmechanismen, wie z.B. Testmöglichkeiten, flexiblere Reisegestaltungen und ggf. finanzielle Entlastung bei Stornierungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## **Antrag „Räume für Begegnungen schaffen!“**

Dieser Antrag macht deutlich, dass immer mehr Jugendverbände Schwierigkeiten haben, geeignete und bezahlbare Räume für ihre Tätigkeit zu finden. In diesem Antrag werden die Kommunen aufgefordert, die Jugendverbände in der Findung von Jugendräumen zu unterstützen und auch mögliche Alternativen in Corona-Zeiten anzubieten, damit die wichtige Arbeit der Jugendverbände weiter stattfinden kann und junge Menschen sozialen Halt finden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Sogenannte Dringlichkeitsanträge können zu Beginn der Sitzung gestellt werden, bevor in die Tagesordnung eingetreten wird. Dies geschieht fast immer, wenn aktuelle Themen nach der Antragsfrist passieren und die Vollversammlung es dennoch für wichtig erachtet darauf zu reagieren. Auch zu dieser Vollversammlung gab es einen Dringlichkeitsantrag:*

## **Antrag „#LeaveNoOneBehind“**

In mehreren Flüchtlingslagern sind die Menschen dem Corona-Virus und dessen Verbreitung schutzlos ausgeliefert. Zum Teil herrschten zwischenzeitlich unmenschliche Umstände ohne Wasser und Verpflegung. Nach dem Grundsatz, dass Hilfe dort ankommen soll, wo sie am dringendsten gebraucht wird, unterstützen wir den Antrag auf eine sofortige Evakuierung der Menschen in den Geflüchtetenlagern. (Anmerkung: Auch im Februar 2021 ist die Situation in Moria noch kritisch und es ist unklar, wie viele Menschen tatsächlich evakuiert werden konnten.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.